



Wahlprogramm der Wiener FPÖ

zur Landtagswahl 2015

In den vergangenen Monaten wurde eines sehr deutlich: Österreich – und ganz Europa – sehen sich mit einer neuen Völkerwanderung konfrontiert. Der Krieg in Syrien und die schlechte Wirtschaftslage im Nahen Osten sowie in zahlreichen Staaten Nord-Afrikas trieben die Menschen immer mehr nach Europa. Die Schlepperei boomt, zahlreiche Asylsuchende sowie Wirtschaftsmigranten zahlen viel Geld, um in die „gelobten Länder“, Österreich, Deutschland, Schweden und Dänemark zu kommen.

Von der Flut an Menschen vollkommen überfordert, werden Gesetze wie das Schengen-Abkommen oder die Dublin III-Verordnung kurzerhand ausgesetzt, den meist muslimischen Zuwanderern damit Tür und Tor nach Europa geöffnet.

Gerade in Wien sind es SPÖ und Grüne, die diesen unkontrollierten Zustrom fördern und damit Asylmissbrauch und Massenzuwanderung begünstigen. **Grenzkontrollen werden verweigert und Abschiebungen nicht durchgezogen.** Stattdessen gibt es Geld und Sozialleistungen für Wirtschaftsflüchtlinge.

Allerdings wird damit vollkommen außer Acht gelassen, dass die heimische Infrastruktur diese Massenzuwanderung nicht tragen kann. Zudem werden hier vollkommen andere Lebensweisen zu uns transportiert. Wer streng nach dem muslimischen Glauben lebt, kann sich in der westlichen, christlich-geprägten Welt nicht integrieren – die gesellschaftlichen aber auch politischen Normen sind zu verschieden.

Um diese Massenzuwanderung zu stoppen, muss ganz klar zwischen Wirtschaftsflüchtlingen und echten Asylwerbern unterschieden und ganz deutlich nach außen kommuniziert werden, dass Asyl hierzulande ein Recht auf Zeit ist, das Schutz und Sicherheit bietet. Ist die politische Krise im eigenen Land ausgestanden, steht einer Rückkehr nichts mehr im Wege. Menschen, die aus Ländern kommen, wo die wirtschaftliche Lage Grund für eine Flucht war, muss deutlich kommuniziert werden, dass Österreich nicht das Land ist, in dem Milch und Honig fließen. Ihre

Asylanträge müssen rasch negativ beschieden werden, die Abschiebung hat sofort zu erfolgen. Zudem darf es keine Sozialleistungen für jene geben, die Österreich längst wieder verlassen hätten müssen.

Die **FPÖ hilft dagegen denen, die wirklich verfolgt werden**. Sie erhalten Schutz auf Zeit. Wer das heilige Asylrecht missbraucht, wird jedoch abgeschoben. Die Grenzen müssen streng kontrolliert werden, damit Schlepper schon vor der Einreise abgefangen werden können. Damit es jedoch gar nicht erst soweit kommt, muss die Staatengemeinschaft Asylzentren in der Nähe der Krisengebiete aufbauen. Gesundheitliche Versorgung, die Möglichkeit auf Bildung und Arbeit kann dort geschaffen werden. UNO, EU aber auch die USA sowie die Arabischen Länder müssen diese Zentren zu gleichen teilen finanzieren.

Die FPÖ bringt:

- **Strenge Grenzkontrollen gegen Schlepper und Kriminelle**
- **Konsequentes Abschieben von Scheinasylanten**
- **Echte Asylanten erhalten Schutz auf Zeit**
- **Geregelte Unterbringung von Asylwerbern und schnelle Verfahren statt Geldleistungen**
- **Lösung der humanitären Probleme auf dem jeweiligen Kontinent**

1. Wien wählt: Echte Sicherheit statt Kriminalitätswave

Wachzimmerschließungen, Polizeischüler im Einsatz, Polizisten, die mehr und mehr Verwaltungsaufgaben übernehmen müssen – so sieht die Kriminalitätsbekämpfung in Wien aus. Statt einer effektiven U-Bahn bzw. Öffi-Polizei muss man ob des Mangels an Beamten die Technik verstärken. Zwar behaupten veröffentlichte Statistiken, dass die Sicherheit in Wien gestiegen ist, die Tatsache ist aber, dass Delikte addiert werden, um Zahlen zu schön. Zudem ist das subjektive Sicherheitsgefühl der Wienerinnen und Wiener deutlich zurückgegangen. Kriminalitätshotspots verlagern sich an neuralgische Punkte, wie etwa den Praterstern. Die Polizei ist oft machtlos, da Beamte ausrücken müssen, um Hundeführscheine zu kontrollieren oder – wie momentan aktuell – Identitätsfeststellungen von illegalen Zuwanderern zu machen – sprich: Die Polizei ist mit Aufgaben der Verwaltung und Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung zusätzlich belastet.

Zudem ist die polizeiliche Infrastruktur katastrophal, es gibt zu wenige Arbeitsplätze, die Wachzimmer sind zu einem Großteil veraltet, Geld für Renovierungen ist nicht vorhanden.

Die offenen Schengengrenzen machen Wien zu einem Eldorado von organisierten Banden – die Kriminalität wandelt sich. Zahlreiche aufgegriffene Schlepper sorgen für überfüllte Gefängnisse, organisierte Bettelbanden besetzen die Stadt. Die rot-grüne Stadtregerung verweigert hartnäckig ein sektorales Bettelverbot wie in anderen Städten zu erlassen.

Ein weiteres Problem, mit dem sich Wien konfrontiert sieht, sind die deutlich zunehmend radikal-islamistischen Bewegungen. In einschlägigen muslimischen/salafistischen Einrichtungen wie Gebetshäusern können Hassprediger ihre radikalen Thesen verbreiten, Dschihadisten anwerben und Geld sammeln. Koranverteilungen auf belebten Einkaufsstraßen gehören mittlerweile zum Stadtbild. Diesen Tendenzen muss mit allen Mitteln Einhalt geboten werden. Das BMI spricht mittlerweile von 240 IS-Kämpfern, die von Wien nach Syrien gezogen sind, um im Heiligen Krieg zu kämpfen oder um weitere Kämpfer aus Deutschland und Österreich anzuwerben. Was der unkontrollierte Zuwachs an muslimischen Migranten an radikalen Islamisten nach Wien bringt, ist noch nicht abzuschätzen, aber in der Tat eine reelle Bedrohung.

SPÖ und Grüne versagen bei der Kriminalitätsbekämpfung. Die organisierte Kriminalität blüht und kein Bezirk Wiens ist mehr sicher. Ausländische Banden terrorisieren die Bevölkerung. Die Täter werden immer brutaler und dreister. **Es fehlt an Sicherheitskräften.** Polizisten, die durchgreifen, werden von linken Politikern kriminalisiert.

Die **FPÖ schützt die Sicherheit der Wiener Bevölkerung.** Denn Sicherheit ist ein Grundrecht. Für die Freiheitlichen steht der Opferschutz im Vordergrund und nicht falsche Toleranz für die Täter. Kriminelle Ausländer sollen in Zukunft abgeschoben werden. Organisierte Bettler-Banden haben in Wien keinen Platz.

Die FPÖ bringt:

- **Mindestens 1.500 Polizisten mehr**
- **Aufbau einer eigenen U-Bahn-Polizei**
- **Bildung einer Sicherheitswacht zur Unterstützung der Polizei wie etwa in München**
- **Mehr Polizeipräsenz auf den Straßen**
- **Lokales Bettelverbot**
- **Abschiebung ausländischer Straftäter**

2. Wien wählt: Sichere Arbeitsplätze und soziale Wärme statt Verdrängung und Lohndumping

Das rot-grüne Wien ist österreichweit Spitzenreiter bei der Arbeitslosigkeit. Rund 150.000 Menschen sind derzeit in Wien ohne Arbeit –WIFO und AMS prognostizieren einen weiteren Anstieg statt deutlicher Entspannung. Das liegt einerseits an der Wirtschaftsfeindlichkeit der Stadtregierung und andererseits daran, dass immer mehr Menschen aus dem Ausland auf den Wiener Arbeitsmarkt drängen, wobei dieser Zuzug seitens der Regierenden noch gefördert wird. Solange Bürgermeister Häupl in der Flut illegal zugewanderter Wirtschaftsmigranten eine Chance sieht, den Fachkräftemangel auszugleichen, solange wird es für die Wienerinnen und Wiener keine neuen Arbeitsplätze geben.

Zudem schafft es die rot-grüne Stadtregierung nicht, Wien als Standort attraktiv zu machen und bereits bestehende Unternehmen zu unterstützen. Durch Überbürokratisierung, unzählige Verordnungen, hohe Administrationskosten und finanzielle Belastungen wird auf die Betriebe ein immenser Druck ausgeübt, der vor allen die Klein- und Mittelbetriebe, die wichtigsten Arbeitgeber, extrem belastet. Private Firmen, die Arbeit schaffen, sind zudem ideologische Feindbilder.

Dazu kommt, dass seit der 2. Ostarbeitsmarktöffnung billige Arbeitskräfte vor allem aus Polen, Rumänien und Bulgarien nach Wien drängen und österreichische Arbeitnehmer und gut integrierte Zuwanderer verdrängen. 12.000 Jobs wurden den Wienerinnen und Wienern bereits genommen. Die meist weit schlechter qualifizierten Arbeiter nehmen Jobs für einen Minimallohn an – Geld, das postwendend zu den Familien in deren Heimat geschickt wird und dort weit mehr wert ist als hierzulande. Lohndumping ist Teil des Arbeitsmarktes geworden.

Weiters wurden etliche Sozialleistungen zu Lasten der Ärmsten gekürzt, um Budgetlöcher zu stopfen. Die Lebenshaltungskosten explodieren und Löhne stagnieren oder sinken.

Die FPÖ schützt die heimischen Arbeitnehmer. Es sollen keine fremden Arbeitssuchenden ins Land gelassen werden, solange die eigenen Staatsbürger unter der Arbeitslosigkeit leiden. Der Bezug von Sozialleistungen soll an die Staatsbürgerschaft und an eine erfolgreiche Integration gebunden sein. Wer Vollzeitarbeit hat, soll davon leben können. Anreize für Betriebe schaffen zusätzlich neue Arbeitsplätze.

Die FPÖ bringt:

- **Sektorale Schließung des österreichischen Arbeitsmarktes**
- **Bauoffensive bei Sozialwohnungen und im öffentlichen Verkehr**
- **Gerechte Einkommen zum Auskommen**
- **Sozialleistungen zuerst für österreichische Staatsbürger**
- **Förderungen für Klein- und Mittelbetriebe**
- **Bürokratieabbau und eine Senkung der Lohnnebenkosten**
- **Investitionsfreibeträge für Unternehmen**

3. Wien wählt: Heimatrecht für Wiener statt Fremdsein in der eigenen Stadt

In der Hoffnung ein neues Wählerklientel erschließen zu können, wird seit drei Jahrzehnten von der SPÖ und den Grünen eine offensive Einwanderungspolitik betrieben. In manchen Wiener Vierteln sind die Wiener bereits zur Minderheit geworden – besonders dramatisch macht sich das in Schulklassen bemerkbar. Nicht selten liegt der migrantische Schüleranteil bei weit über 70 Prozent, wodurch das Niveau der Ausbildung stetig sinkt. Zudem hat eine gute schulische Ausbildung vor allem bei türkischen Zuwanderern und in dieser Gruppe im Speziellen bei den Mädchen einen sehr geringen Stellenwert. Die Integration vieler, vor allem bildungsferner und kulturfremder Einwanderer ist fehlgeschlagen, falsch verstandene Toleranz und Multi-Kulti-Träume der Linken haben zu Parallelgesellschaften mit eigener Sprache, eigenen Werten und teilweise eigenem Rechtssystem geführt. Was sich auf den Pausenhöfen der Schulen abzeichnet, manifestiert sich im Alltag der Erwachsenen.

Das schnelle Erlangen von Sozialleistungen inklusive Wohnung bietet einen hohen Anreiz gar nicht erst den Weg in die Erwerbstätigkeit einzuschlagen.

Auf Kosten des hohen Guts Asyl für wirklich Verfolgte betreibt die Stadtregierung eine Anwerbung von meist reinen Wirtschaftsflüchtlingen, die von den Wiener Steuerzahlern erhalten werden müssen. Wien übererfüllt die vorgeschriebene Quote um 40% - die wahren Ausmaße für das Jahr 2015 sind nicht im Entferntesten abzuschätzen!

Die Auswirkungen der weiteren unkontrollierten Zuwanderung lassen sich zum jetzigen Zeitpunkt nur vermuten. Fakt ist aber, dass Konflikte im Wohn-, Gesundheits- und

Bildungsbereich auf der Tagesordnung stehen werden. Das Wiener Sozialsystem ist für die bevorstehenden Herausforderungen nicht gerüstet – und muss es auch nicht sein. Die einzige Möglichkeit den sozialen Frieden zu wahren, ist der sofortige Stopp dieser unkontrollierten Migration von Wirtschaftsflüchtlingen sowie die rigorose Abschiebung all jener, die keinen Asylstatus für Österreich haben.

Die jahrelang betriebene Wiener Integrationspolitik bedeutet vor allem, Subventionen an SPÖ-nahe Vereine auszuschütten, die in fragwürdigen Kanälen versickern. Wahre Integration hat unter Rot-Grün nie stattgefunden. Deutschkurse werden von irgendwelchen privaten Organisationen ohne Vorgaben oder klar definierten Zielen abgehalten, Prüfungszwang gibt es keinen. Ein buntes Unterhaltungsprogramm mit Kaffee und Kuchen verschlingt Millionen an Steuergeld und ist vollkommen ineffektiv. Auch viele der gut integrierten Zuwanderer aus unserem Kulturkreis sehen diese Entwicklung mit großer Sorge. Sie gehören gemeinsam mit den sozial schwächeren Menschen zu den Opfern dieser unverantwortlichen Politik.

SPÖ und Grüne haben eine echte Integration von Zuwanderern in Wien jahrelang verabsäumt, was die Entstehung von Parallelgesellschaften begünstigt hat.

Die FPÖ bringt:

- **Verpflichtende Deutschkurse für Zuwanderer**
- **Klare und unmissverständliche Vermittlung der heimischen Werte, Normen und Gesetze**
- **Keine Subventionen an linke Multikulti-Vereine**
- **Regelmäßige Kontrollen muslimischer Einrichtungen wie Moscheen, Schulen oder Kindergärten**
- **Verbot von Gratis-Koran-Verteilungen auf Wiens Straßen**

4. Wien wählt: Ja zu Familien statt Gender-Wahnsinn

Geht es nach den politisch Verantwortlichen in Wien, dann soll die herkömmliche Gesellschaft mit der Kernzelle Familie dekonstruiert werden. Gender-Mainstreaming wird dazu benützt, das biologische Geschlecht Mann und Frau sowie deren Beziehungen in Frage zu stellen. Stattdessen werden die gleichgeschlechtlichen Partnerschaften zu 100% - inklusive dem Recht auf Kinder – der Ehe zwischen Mann und Frau gleichgestellt.

Es wird verstärkt auf Quotenregelungen und Genderpolitik gesetzt, die zuständige Stadträtin ist stolz auf die „Geschlechtervielfalt“ und das „bunte Wien“.

Um den Bürgern dieses „vielfältige, bunte Wien“ schmackhaft zu machen, werden hoch subventionierte Kampagnen über Lebens- und Familiengestaltung lanciert.

Die traditionelle Familie, die seit Jahrhunderten in Europa Bestand hat, wird sukzessive abgewertet und für veraltet erklärt. Hinzu kommt, dass die Wahlfreiheit von Frauen und Familien, sich für Beruf und/oder Kinder zu entscheiden, zunehmend unmöglich gemacht wird. Eine frühe Fremdbetreuung der Kinder wird propagiert, der Wunsch, der immer noch großen Mehrheit wird vom Mainstream komplett negiert.

So werden etwa in der Frauenpolitik vor allem feministische Projekte unterstützt, was ausschließlich linken Akteurinnen zugutekommt.

Sozialpolitisch wie auch wirtschaftlich betrachtet, ist diese Entwicklung eine Katastrophe. Immer weniger Österreicherinnen und Österreicher bekommen Kinder, da sie die Wahl – entweder Beruf oder Familie – schlicht nicht treffen können. Das vorgegaukelte Ziel des notwendigen monetären Luxus greift. Zudem ist es ob der familienfeindlichen Politik im Land Mehrkindfamilien zunehmend unmöglich, ein finanziell abgesichertes Leben zu führen. Nur allzu häufig geraten gerade sie in die Armutsfalle. Doch auch Alleinerzieherinnen finden wenig Unterstützung und kommen nicht selten nur sehr schwer über die Runden.

Wenig Beachtung finden in der rot-grünen Stadtpolitik auch die Senioren. Ihre Bedürfnisse in der sich immer schneller drehenden Welt werden schlicht nicht wahrgenommen. SPÖ und Grüne haben durch ihre komplett verfehlte Finanzpolitik das Leben für die Senioren kaum noch leistbar gemacht. Durch erhöhte Mieten, stark gestiegene Preise für Öffi-Tickets oder etwa durch die Anhebung der Hundeabgabe wird es gerade den älteren Menschen in Wien immer schwerer gemacht, am öffentlichen Leben teilzunehmen.

Soziale Verarmung ist neben der prekären finanziellen Lage die Folge. Zu guter Letzt sind Senioren auch häufig **Opfer der steigenden Kriminalität**, wobei vor allem Taschendiebstahl und Einbruchsdelikte zu nennen sind.

Die FPÖ bringt:

- **Wahlfreiheit statt allgemeine Kindergartenpflicht**
- **Ein Ende des Gender-Wahnsinns à la „Ampelpärchen“**
- **Keine Homo-Ehe und Adoption durch gleichgeschlechtliche Paare**

- **Freie Entscheidung für Frauen und Familien bei der Vereinbarkeit von Beruf und dem Wunsch nach Kindern**
- **Verankerung des Schutzes der Familie in der Landesverfassung**
- **Unterstützung von Alleinerzieherinnen**
- **Aus für Genderwahn und nutzlose Quoten**
- **Echte Pensionserhöhungen für ein Altern in Würde und Sicherheit**
- **Gesicherte medizinische Versorgung für die ältere Generation**
- **Senkung der gerade für Senioren relevanten Gebühren**
- **Verstärkter Schutz für Verbrechensopfer**
- **Erhöhung des Pflegegeldes und Inflationsanpassung statt einer Senkung sowie dem heutigen erschwerten Zugang**

5. Wien wählt: Direkte Demokratie statt eine Politik des Drüberfahrens

Die SPÖ hat das Wiener Wahlrecht in Zeiten der Alleinregierung so gestaltet, dass sie mit weniger als der Hälfte der Wählerstimmen über eine absolute Mehrheit verfügt. Dieses unfaire Wahlrecht sollte in der rot-grünen Stadtregierung zugunsten eines fairen Verhältniswahlrechts, in dem jede Stimme gleich viel zählt, fallen – so auch in einem notariell beglaubigten Schreiben aller drei, damaligen Oppositionsparteien Grün, Schwarz und Blau. Kaum an den Trögen der Macht gesessen, konnten die Grünen dem süßen Geschmack der Herrschaft nicht mehr widerstehen und sind vor dem Koalitionspartner so lange in die Knie gegangen, bis die SPÖ einen Weg gefunden hatte, unter allen Umständen für einen Machterhalt zu sorgen. Am Tag der Abstimmung über ein neues, faires Wahlrecht, gab die SPÖ das Überlaufen eines grünen Abgeordneten in ihre Reihen bekannt. Somit war das SPÖ-Wahlrecht vor allem für den 11. Oktober 2015 gesichert.

Echte Demokratie wird von der Stadtregierung Wien auch bei der Bürgerbeteiligung oder bei der Kontrolle verweigert. Wenn sich mindestens 500 Bürger für ein Anliegen einsetzen, so müsste dieses im zuständigen Gemeinderatsausschuss behandelt werden. Rot-Grün würgt jedoch unliebsame Anliegen bereits im Vorfeld ab, Petitionswerber haben keine Möglichkeit, ihr Anliegen zu argumentieren. Ähnlich werden Bürgerinitiativen behandelt – was gegen die Projekte der Stadtregierung ist, wird nicht berücksichtigt, sprich: was nicht sein darf, kann nicht sein. Stattdessen gibt es millionenteure Alibi-Volksbefragungen, bei denen fragwürdige Suggestiv-Fragen gestellt werden.

Die Zuständigkeit für Bürgerbeteiligung ist auf zwei Ressorts verteilt, das führt zu Unklarheiten und schwächt echte Bürgerbeteiligung, die zunehmend zur „Mitmach“-Falle wird, da zur politischen Entscheidung nur gewünschte Bürgeranliegen herangezogen werden. So wurden 150.000 Unterschriften für die Abhaltung einer Volksbefragung zur Ausweitung kostenpflichtiger Parkzonen einfach in den Müll geworfen, bei der Frage zur Fußgängerzone Mariahilfer Straße wurde sogar die Stadtverfassung ausgehebelt und eine demokratiepolitisch äußerst fragwürdige und nirgends verankerte Befragung durchgeführt.

SPÖ und Grüne haben fünf Jahre lang ihr mangelhaftes Demokratieverständnis bewiesen, indem sie **beinhart den Bürgerwillen ignoriert** haben.

Das in der Koalitionsvereinbarung gegebene Versprechen, für ein faires und gleiches Wahlrecht zu sorgen, wurde gebrochen. Scheinbefragungen wurden nach Fantasiekriterien durchgeführt und **Ergebnisse echter Bürgerbefragungen schlicht negiert**.

Die FPÖ bringt:

- **Faires und modernes Verhältniswahlrecht**
- **Kein Ausländerwahlrecht**
- **Bindendes Ergebnis bei Volksbefragungen**
- **Echte Mitbestimmung der Bürger sowie ein eigenes Bürgermandat**
- **Eigenes Ressort für Bürgerbeteiligung, Petitionen und Bürgerinitiativen innerhalb der stärksten Oppositionspartei**

6. Wien wählt: Gesicherte Gesundheitsversorgung statt Zerschlagung der Struktur

Die Gesundheitsversorgung in Wien gerät zunehmend zu einem Drei-Klassen-System. Lange Wartezeiten, überfüllte Ambulanzen, Unterbringung in Gangbetten und viel zu wenige Kassenverträge bei den niedergelassenen Ärzten machen Top-Medizin oft nur mehr für Wohlhabende leistbar. Hauptursache für die dramatischen Missstände ist allen voran der akute Personalmangel, der wiederum durch zu wenige Stellen zustande kommt. So bekommen etwa Turnusärzte in Wien so gut wie keinen Ausbildungsplatz. So man doch einen erhält, warten Überstunden und Unterbezahlung. Die Abwanderung in die Bundesländer oder ins benachbarte Ausland ist die Folge.

Anstatt Geld in die Ärztedienststellen zu investieren, versickern Milliarden von Euro in komplett undurchdachte Spitalsbauten. Die Priorität der SPÖ im Gesundheitswesen ist klar: Versorgung von Top-Managern mit Spitzengagen und die Errichtung von Prestigebauten, die mangels qualifiziertem Personal entweder nicht in Betrieb gehen können oder durch komplette Fehlplanung gar nicht erst fertiggestellt werden, wie etwa der Monsterbau Krankenhaus Nord. Gleichzeitig wird jedoch beim medizinischen Personal an allen Ecken und Enden gespart, eine gesicherte medizinische Versorgung für die Wienerinnen und Wiener ist dadurch nicht mehr gegeben.

Auch in medizinischen Teilbereichen zeigt sich das Versagen der rot-grünen Stadtregierung ganz deutlich: Das Drogenproblem wird in Wien eher verwaltet als bekämpft, die Präventionsmaßnahmen hinken im internationalen Vergleich hinterher.

Für die Betreuung und Pflege alter Menschen hätte längst mehr Vorsorge getroffen werden müssen, wie die demographische Entwicklung seit Jahren deutlich macht. Ebenso treten durch die stetig steigende Lebenserwartung auch altersbedingte Krankheiten häufiger auf. Allen voran ist die steigende Zahl an Demenzerkrankungen verstärkt zu berücksichtigen. Maßnahmen für würdiges Altern müssen rechtzeitig getroffen werden. Bei Kindern und Jugendlichen fehlt es vor allem an psychiatrischer, psychologischer und psychotherapeutischer Versorgung und Betreuung sowie adäquaten Rehabilitationseinrichtungen.

Die FPÖ bringt:

- **Bessere Bezahlung und Aufwertung der medizinischen Berufe**
- **Mehr Ausbildungsplätze für Turnus und Fachärzte**
- **Aufstockung des Pflege- und Ärztepersonals im Wiener Krankenanstaltenverbund**
- **Entpolitisierung und Transparenz im Spitalsbau**
- **Mehr Kassenstellen für niedergelassene Ärzte**
- **Psychologische Zentren für Kinder und Jugendliche**
- **Altern in Würde durch die Errichtung von Einrichtungen zur Behandlung altersspezifischer Krankheiten**

7. Wien wählt: Sinnvolles Sparen statt Verschwendung ohne Ende

Die Wiener Finanzpolitik ist durch Misswirtschaft, Spekulationen und dadurch entstandener Schulden geprägt. Bis zum Jahresende wird der Schuldenstand der Stadt 5,461 Milliarden Euro betragen, rechnet man die ausgelagerten Betriebe dazu, werden es sogar über 15 Milliarden Euro sein. Wenn in Wien nicht endlich die Notbremse gezogen wird, werden die Schulden im Jahr 2020 die horrende Grenze von 20 Milliarden Euro durchbrechen.

Bürgermeister Häupl hat den Schuldenstand seit 2007 trotz des unsozialen Gebührenwuchers, der Einnahmen von 1,5 Milliarden Euro bringt, vervierfacht. Durch Postenschacher, Proporz und Privilegien, missglückte Spekulationsgeschäfte wie die Franken-Kredite und Bauskandale vom AKH über Skylink, Pratervorplatz bis hin zur Hauptfeuerwache wurden Milliarden Euro in den Sand gesetzt – 4,3 Milliarden Schulden allein die Wiener SPÖ-Bauskandale!

Durch die Auslagerung kommunaler Leistungen in privatrechtlich organisierte Unternehmen hat die SPÖ ein undurchsichtiges Firmengeflecht geschaffen, in dem das Steuergeld versickert. Dieser Schachzug hat vor allem eines zur Folge: Es gibt für die Opposition keine Kontrollmöglichkeiten – die tatsächliche Verschuldung der ausgelagerten Betriebe kann also nur grob geschätzt werden. Zudem werden die Bücher der Stadt Wien mit der veralteten Kameralistik statt der längst gängigen Doppik geführt. Dieser Umstand sorgt zusätzlich für Intransparenz und der Möglichkeit der Verschleierung tatsächlicher Ausgaben.

Den Umgang der Stadt Wien mit den mittlerweile deutlich angestiegenen Schweizer Franken Krediten war auch schon Grund für eine Prüfung des Rechnungshofes, der die Vorwürfe der FPÖ bestätigt. Nämlich, dass die Stadt Wien keinerlei Konsolidierungsmaßnahmen getroffen hat und Finanzstadträtin Brauner immer noch nicht bereit ist, diesbezüglich Vorschläge vorzulegen. Ihre Vorgehensweise, die Kredite immer weiter und weiter zu rollieren, führen zu einer stetig steigenden Neuverschuldung, da die Bonität der Stadt Wien von Mal zu Mal sinkt und die Zinsen für die Kredite entsprechend immer höher werden – alles zu Lasten der Steuerzahler!

Währenddessen genehmigen sich SPÖ und Grüne eine millionenschwere Anhebung des Werbebudgets, teure Agenturen wie etwa die Mobilitätsagentur, deren einzige Daseinsberechtigung die Versorgung von Parteigünstlingen ist. Zudem werden unverhältnismäßig viele Vereine subventioniert, die nicht selten eine offensichtliche Nähe zur SPÖ haben oder in deren obersten Gremien sogar hohe SPÖ-Funktionäre wie etwa der 1. Landtagspräsident oder Gemeinderäte vertreten sind.

Die FPÖ bringt:

- **Spekulationsverbot mit Fremdwährungskrediten**
- **Schluss mit der Schuldenpolitik und eiserne Budgetdisziplin**
- **Förderung und Entlastung der Klein- und Mittelbetriebe**
- **Gebührensenkung und Stärkung der Kaufkraft**
- **Ordnung im Subventionsdschungel**
- **Kürzung des Werbebudgets der Stadt**

8. Wien wählt: Leistbares Wohnen für die Wiener statt Wuchermieten

Wohnen zählt zu den wichtigsten Grundbedürfnissen und ist nicht zuletzt sogar ein Grundrecht der Menschen. In Wien ist Wohnen – auch im so genannten sozialen Wohnbau – in den letzten Jahren immer teurer und für viele Menschen nahezu unleistbar geworden. Die Mieten sowie die Energie- und Wohnnebenkosten sind rasant gestiegen, die Gehälter allerdings stagnieren, wodurch Wohnen zu einem regelrechten Luxus geworden ist.

Aktuell warten über 30.000 Wienerinnen und Wiener auf eine Gemeindewohnung. Der soziale Wohnbau ist nahezu eingestellt, der geförderte Wohnbau in Form von Genossenschaften sinkt und sorgt vermehrt für negative Schlagzeilen. So wurde endlich, nicht zuletzt durch das konsequente Aufzeigen der FPÖ, bekannt, dass Genossenschaftsmieter in Form von sogenannten Auslaufannuitäten bereits längst getilgte Kredite weiter zahlen müssen. Dieses Geld fließt allerdings nicht zweckgebunden wieder in die Errichtung neuer Wohnungen sondern füllt die Säckel der Top-Manager der Genossenschaften. Zwar ist dieses Vorgehen legal, moralisch allerdings verwerflich.

Der eklatante Mangel an günstigem Wohnraum wird sich durch die prognostizierte und von Rot-Grün gezielt betriebene Zuwanderung von jährlich rund 18.000 Menschen weiter verschärfen. Was von Bürgermeister Häupl als „Smart-City“ mehr oder minder erfolgreich beworben wird, ist jedoch weder clever noch smart. Die Stadt Wien muss sich durch diese missglückte Wohnbaupolitik - unter Bürgermeister Häupl wurde in den vergangenen Jahren nicht eine einzige soziale Gemeindewohnung errichtet - den Vorwurf gefallen lassen, Preistreiber Nummer eins am Immobilienmarkt zu sein.

Zudem sind die Bau- und Errichtungskosten viel zu hoch, was sich wiederum auf die Mieten auswirkt. Folglich muss kostengünstiger, effektiver und zweckmäßiger gebaut und die Wohnbauförderung wieder zweckgebunden werden.

Längst hätten Maßnahmen, wie die Mobilisierung von Grundstücken der Gemeinde Wien vorrangig dem geförderten und sozialen Wohnbau zur Verfügung gestellt werden müssen. Auch ist es unumgänglich den kostensenkenden Kategoriemietzins anstelle des höheren Richtwertzinses wieder einzuführen.

Die Richtlinien, wer in Wien Anspruch auf geförderte, soziale Wohnungen hat, müssen deutlich verschärft werden. So sollen weder Asylwerber noch nicht integrationswillige Migranten Zugang zu den günstigen Wohnungen bekommen. Deutsch als Voraussetzung ist der erste wichtige Schritt - allein schon, um Konfliktpotential in den Gemeindebauten zu vermeiden. Für diese und weitere Anliegen der Mieterinnen und Mieter aus den Gemeindebauten soll eine unabhängige und weisungsfreie Ombudsstelle zur Verfügung stehen.

Die FPÖ bringt:

- **Senkung der Betriebskosten**
- **Bevorzugung echter Wiener bei der Wohnungsvergabe**
- **Entflechtung von Politik und Genossenschaften**
- **Bau von bis zu 15.000 Sozialwohnungen pro Jahr**
- **Klare Regeln im Gemeindebau**
- **Integration und Deutschkenntnisse als Voraussetzung für die Wohnungsvergabe**

9. Wien wählt: Echte Bildung statt ideologischer Experimente und Bürokratie

Jedem jungen Menschen müssen die gleichen Chancen offenstehen – allen voran im Bereich Bildung müssen Barrieren abgebaut werden. Das bedeutet aber nicht, dass alle gleich begabt sind. Umso wichtiger ist ein differenziertes Schulsystem, das für jedes Kind und jeden Jugendlichen die individuell beste Ausbildung garantiert. Der rot-grüne Irrglaube, mit einer Gleichschaltung der Schultypen auch Chancengleichheit zu schaffen, ist ein großer Fehler. Damit würde lediglich eine Nivellierung des Niveaus nach unten erreicht werden. Gesamtschule, Zentralmatura und Co. tragen weniger zu einer Individualisierung der Schüler

bei als vielmehr zu einem bildungspolitischen Einheitsbrei, der sich bei den nächsten internationalen Vergleichen wieder rächen wird.

Wie in vielen Bereichen konzentriert man sich in der Wiener Landesregierung lieber darauf, die Schulen zu verpolitisieren, Postenschacher und Proporz auch hier zu etablieren, anstatt sich um die Probleme des schulischen Alltages zu kümmern. Containerklassen, ein Migrationsanteil von teilweise mehr als 70 Prozent, überfüllte Klassen und überforderte Lehrer – das ist die von rot-grün geschaffene Realität.

Zudem wird der Unterricht ideologisiert. Unter dem Deckmantel der Toleranz werden Schüler, die eine andere Meinung haben, oft zum Opfer einer linken Meinungsdiktatur. Mobbing und Ausgrenzung sind die grausame, auch oft traumatische Folge. Zudem findet tägliche Gewalt in Wiener Schulen statt.

Die verfehlte Integrationspolitik macht sich auch im Schulwesen bemerkbar und trägt neben den zahlreichen verpatzten Schulversuchen zu einem deutlich gesunkenen Niveau bei. Die langjährigen FPÖ-Forderungen „Deutsch vor Schule“ und „Deutsch als Pausensprache“, die mittlerweile auch schon von Experten aus dem Integrationsministerium gefordert werden, sind das einzige Mittel, das Niveau der Wiener Schulen wieder anzuheben. Denn nur wer gut Deutsch spricht, ist in der Lage, dem Regelunterricht zu folgen. Bis dato fehlt es jedoch vor allem an ausreichenden Sprachkenntnissen und sozialen Kompetenzen beim Regelschuleintritt. Das bald auch zweite, verpflichtende Kindergartenjahr und die Gesamtschule sollen nun alle Versäumnisse und Fehler reparieren – einmal mehr auf Kosten der Bildung, denn statt intensivem Deutschunterricht wird der muttersprachliche Unterricht von Zuwandererkindern gefördert. Dass die gemeinsame Sprache zu einer geeinten Klassengemeinschaft beiträgt, in der Mobbing und Ausgrenzung weit weniger Chancen hat als bisher, wird negiert.

Ein weiterer wichtiger, jedoch von der Politik komplett vernachlässigter Teil der Ausbildung ist die Lehre. Die solide Lehrausbildung wird vernachlässigt, Pflichtschulabgänger weisen massive Schwächen in den Grundkompetenzen Lesen, Schreiben und Rechnen auf und sind so auf dem Arbeitsmarkt nicht vermittelbar. Entsprechend müssen auch die Berufsschulen in die Pflicht genommen werden, um mögliche Defizite in den Grundfächern auszumerzen.

Die FPÖ bringt:

- **Deutsch vor Schule in Form von eigenen Klassen zum Spracherwerb**
- **Deutsch als Pausensprache**
- **Hauptschulen und Gymnasien statt Gesamtschulen**

- **Individuelle Abschlussprüfungen statt einer Zentralmatura**
- **Aufwertung der Lehre durch Matura**
- **Verschlingung des Wiener Stadtschulrats**

10. Wien wählt: Freie Fahrt statt Verkehrsschikanen

Unter der rot-grünen Stadtregierung ist Verkehrs- und Stadtplanungspolitik zum Ideologieressort, welches die Bürger in „gute“ und „böse“ Verkehrsteilnehmer einteilt, geworden. Das Feindbild Nummer eins, der motorisierte Individualverkehr, wird schikaniert und abgezockt, während die auf allen Ebenen bevorzugten Radfahrer alle Regeln brechen. Die Ausweitung kostenpflichtiger Parkzonen wurde unter Brechung der demokratischen Regeln durchgepeitscht. Entstanden ist ein Flickwerk von unterschiedlichen Parkzonen. Extra initiierte Anrainerparkplätze sind vor allem eine Inkassofalle. Die gezielte Stellplatzvernichtung, flächendeckende Tempo-30-Zonen und ein schikanöses Einbahn- und Sackgassensystem sorgen für mehr Schadstoffausstoß und massive Behinderungen des Wirtschaftsverkehrs. Das Ziel hat die grüne Stadträtin aber verfehlt: der Autoverkehr hat signifikant zugenommen!

Überfüllte öffentliche Verkehrsmittel sowie verlängerte Intervalle zeigen den mangelnden Ausbau der wichtigen Verkehrsmittel unter dem auch die Pendler zu leiden haben. Zudem gibt es für sie oft keine Möglichkeit, am Stadtrand zu parken. Der Ausbau der Park&Ride-Garagen wird verweigert, die Stellplätze sind nicht selten massiv überteuert.

Stattdessen freut man sich im Verkehrsressort über bunte Fahrstreifen, Pärchen-Ampeln, teure Werbekampagnen und viele Spaß-Veranstaltungen. Damit rechtfertigt vor allem Vize-Bürgermeisterin Vassilakou ihre „Mobilitätsagentur“, die immerhin mit 13,5 Millionen Euro aus dem Stadtbudget versorgt wird. Ihr Output ist laut jährlichem Bericht gelinde gesagt gleich null. Fußgänger- sowie Radfahrbeauftragte sind Titel mit Mittel jedoch ohne jeglicher Kompetenz, um auch nur irgendetwas Positives für den Verkehr zu erreichen. Bestes Beispiel: Das seit Jahrzehnten vorherrschende Problem des Ringradweges.

Die Stadtplanung überlässt man in Wien offenbar am Liebsten Immobilienentwicklern, deren Wünsche über die Bürgeranliegen gestellt werden. Hochhausprojekte, wie am Eislaufverein und der Verbau des Steinhof-Areals, die Zerstörung alter Ortskernensembles oder die Verbauung wertvollen Grünraumes ist dem politisch-ideologischen Ziel, Wien schnell und stark wachsen zu lassen, geschuldet. Unter dem Vorwand, leistbaren Wohnraum zu schaffen,

werden Wunsch-Widmungen für Bauherrn gemacht. Das Hochhauskonzept sieht die Möglichkeit vor, rund um die Innenstadt Wohn- und Bürobauten in großem Stil zu errichten. Auch hier versagt die Stadtregierung an allen Ecken und Enden. Während Luxus-Dachbauten in den inneren Bezirken ein Ausmaß annehmen, das sogar schon die UNESCO harsch kritisiert hat, werden in den Außenbezirken immer mehr und mehr Türme aus dem Boden gestampft. Wirtschaftlich gesehen ist dies eher ein Schaden, bleibt die Auslastung doch deutlich unter den Erwartungen und zahlreiche Räumlichkeiten stehen leer. Die Nachfrage entspricht lange nicht dem Angebot.

Die FPÖ bringt:

- **Reduktion der Tempo-30-Zonen**
- **Ausbau der Wiener U-Bahn bis an den Stadtrand**
- **Gratis-Parkpickerl für alle Wienerinnen und Wiener**
- **Rückbau von Schikanen und „Stau-Erzeugern“**
- **Mindestens 25.000 Park-and-Ride-Stellplätze am Rande Wiens**
- **Klare und verbindliche Regeln für Radfahrer**